

Hauptausschuß

Protokoll

10. Sitzung (nicht öffentlich)

28. Februar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 bis 13.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Seite

1

Der Ausschuß kommt überein, in der Zeit vom
17. bis 19. Juni 1991 den Landtag von
Brandenburg zu besuchen.

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Auf Antrag der GRÜNEN befaßt sich der Ausschuß
mit dem Thema "Realisierung des Sonderprogramms
zur Rußland-Hilfe".

2 Wahl des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden

Seite
7

Der Ausschuß wählt einstimmig bei Enthaltung
des Vorgeschlagenen Abgeordneten Hegemann (CDU)
zum stellvertretenden Ausschußvorsitzenden.

3 Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes NW
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/965

8

Der Ausschuß nimmt den Gesetzentwurf einstimmig
bei Enthaltung der GRÜNEN an und bestimmt
Abgeordnete Höhn (GRÜNE) zur Berichterstatterin.

Hauptausschuß
10. Sitzung

28.02.1991
sr-ma

Seite

- 4 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das
Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)**

9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800
Vorlagen 11/231, 11/366

Einzelplan 01 - Landtag

Vorlagen 11/204, 11/293, 11/327

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vorlagen 11/238, 11/324

Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten

Vorlagen 11/255, 11/256

Der Ausschuß kommt überein, die Antrags- und Abstimmungssitzung zum Haushaltsplanentwurf 1991 am 7. März abzuhalten. Er führt die Haushaltsberatungen so weit voran, daß in der Sitzung am 7. März auf weitergehende Erörterungen verzichtet werden kann.

Seite

- 5 Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Auf dem Wege zu europaweiten Systemen und Diensten - Grünbuch über ein gemeinsames Vorgehen im Bereich der Satellitenkommunikation in der Europäischen Gemeinschaft**

18

Im Ausschuß besteht Einvernehmen über die von der Arbeitsgruppe dazu formulierten Punkte, die in einem Schreiben dem Ministerpräsidenten vorgelegt worden sind.

- 6 Bericht der Kommission "Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland - auch in einem vereinten Europa"**

19

Teil Eins - Vorlage 10/2722
Teil Zwei - Vorlage 11/182

Der Ausschuß befaßt sich mit Verfahrensfragen und beauftragt die Landtagsverwaltung, einen Text zu erarbeiten, der die wesentlichen Inhalte des Berichts wiedergibt und nach der Osterpause in einer Arbeitsgruppe des Hauptausschusses zu einem möglichst gemeinsamen Entschließungsantrag des Landtags formuliert werden soll.

Hauptausschuß

28.02.1991

10. Sitzung

sr-ma

4. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlage 11/231

Einzelplan 01 - Landtag

Vorlagen 11/204, 11/293, 11/327

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vorlagen 11/238, 11/324

Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten

Vorlagen 11/255, 11/256

Nach kurzer Verfahrensdiskussion kommt der Ausschuß überein, die Antrags- und Abstimmungssitzung zum Haushaltsentwurf 1991 am 7. März abzuhalten und die Haushaltsberatungen in der heutigen Sitzung so weit voranzuführen, daß in der Sitzung am 7. März auf weitergehende Erörterungen verzichtet werden kann.

Abgeordneter Büssow (SPD) greift die Frage des geplanten Europaforums auf. Bei einem Gespräch der Parlamentarischen Geschäftsführer, an dem auch er teilgenommen habe, habe sich gezeigt, daß der Kostenrahmen für die Veranstaltung in Höhe von 350 000 DM noch einmal abgeschmeltzt werden könne, wenn es gelänge, für einzelne Teile der Veranstaltung Sponsoren zu finden. Unter diesem Gesichtspunkt frage er insbesondere CDU und F.D.P., die Kostenbedenken geltend gemacht hätten, ob sie sich an der Veranstaltung beteiligen könnten, wenn die Kosten dafür erneut vermindert würden. Sinnvollerweise könne das Europaforum nur eine Veranstaltung des Parlaments insgesamt sein.

Wolle man mit der Veranstaltung im Hinblick auf eine Interessenvertretung der Parlamente der Regionen noch etwas erreichen, müsse sie kurz vor der Sommerpause durchgeführt werden. Der dafür vorgesehene Ansatz im Haushalt stelle die

Haushaltsstruktur keineswegs in Frage. Er jedenfalls würde es sehr bedauern, wenn es nicht möglich wäre, den Versuch zu unternehmen, mit einem solchen Forum die Arbeit voranzubringen. Bei einer Reise des Unterausschusses "Europa-politik und Entwicklungszusammenarbeit" habe man feststellen müssen, daß es ohnehin äußerst schwierig sein werde, das regionale Interesse und insbesondere die regionalen Wahlkörperschaften in Europa einzubringen. Nach seiner Auffassung müsse für tatsächlich wirksame Haushaltseinsparungen an andere "Brocken" heran-gegangen werden als an den von ihm zur Sprache gebrachten Ansatz.

Abgeordneten Hellwig (SPD) interessiert - auf einen anderen Bereich zu sprechen kommend -, wie die anderen Fraktionen zu dem Vorschlag der Landesregierung hinsichtlich der Ansiedlung des Europäischen Medieninstituts in Nordrhein-Westfa-len stünden.

Des weiteren teilt er die Absicht seiner Fraktion mit, § 10 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Haushaltsgesetz - Stichwort: Weiterbildung - zu ändern. Diese Änderung beinhalte eine erste Umsetzung des im Hinblick auf die Weiterbildung unter den Fraktionen unstrittigen Ziels.

Abgeordnete Hieronymi (CDU) macht deutlich, mit aller Kraft unterstütze ihre Fraktion das Ziel der Stärkung des Europas der Regionen. Man habe aber bereits in der letzten Sitzung vorgetragen, welche Schwierigkeiten man sehe, bei der gegenwärtigen Haushaltslage das Europaforum mit Kosten in Höhe von 500 000 DM zu veranstalten. Deshalb sei um Vertagung der Entscheidung gebeten worden; dieser Bitte sei nicht gefolgt worden. Vor diesem Hintergrund habe ihre Fraktion keine andere Möglichkeit als die Ablehnung gesehen.

Gespräche hätten zwischenzeitlich zu einer Reduzierung der Kosten geführt. Den-noch sehe man sich unter Berücksichtigung der Tatsache, welche große Einschnitte nach den in der Vorlage 11/366 vorgestellten Eckwerten der Haushalt zu verkraf-ten habe, nicht in der Lage, für eine Veranstaltung plus/minus 200 000 DM auszu-geben.

Da man in bezug auf das Anliegen übereinstimme, hielte sie es für sinnvoll, Verhandlungen mit Sponsoren mit dem Ziel aufzunehmen, die Veranstaltung nahezu ohne Belastung des Landeshaushalts durchzuführen. Nur unter diesen Umständen sehe sie eine Möglichkeit, zu einer gemeinsamen Veranstaltung zu kommen.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE) hält dem entgegen, wenn man die Entscheidung so lange hinausschiebe, bis klar sei, wie die Finanzierung von seiten des Landes quasi auf Null heruntergefahren werden könne, sei eine angemessene Vorbereitung für die Veranstaltung nicht mehr möglich. Deshalb müsse spätestens in der nächsten Sitzung beschlossen werden, ob die Veranstaltung stattfinden solle, und zwar auch dann, wenn keine oder nur wenige Sponsoren gefunden werden könnten. Den von ihrer Vorrednerin gemachten Vorschlag bezeichnet die Abgeordnete als "faulen Kompromiß"; denn ihres Erachtens müsse ganz deutlich gesagt werden, ob man zu der Veranstaltung stehe - und zwar mit allen haushaltsmäßigen Konsequenzen - oder ob man sie nur dann befürworte, wenn sie dem Land nichts koste. Den GRÜNEN sei die Veranstaltung so wichtig, daß sie den Ansatz grundsätzlich befürworteten. Wenn durch Einschaltung von Sponsoren eine weitere Einsparung erzielt werden könnte, wäre es um so besser.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD) stellt voran, die Frage, ob einem politisch etwas wichtig sei oder nicht, habe stets auch etwas damit zu tun, ob man bereit sei, dafür Mittel bereitzustellen oder nicht.

Er sage mit allem Nachdruck, seine Fraktion werde die Veranstaltung nicht gegen den Willen von CDU und F.D.P. durchführen. Entweder finde das Europaforum gemeinsam oder gar nicht statt. Allerdings werde ein Ausfallen der Veranstaltung dann auch damit begründet werden müssen, daß CDU und F.D.P. dazu nicht bereit gewesen seien.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.) erklärt, seine Fraktion habe die Veranstaltung zunächst einmal zur Disposition gestellt, nicht zuletzt auch weil ihr die Einsparvorschläge der SPD-Fraktion noch nicht bekannt seien. Deshalb bitte er um Verständnis, daß er heute noch keine Entscheidung treffen könne. Er könnte sich

vorstellen, daß man durch eine Kombination von Sparvorschlägen zu einem bestimmten Betrag für das Europaforum komme.

Nach Auskunft seines Fraktionskollegen Dr. Riemer, der im Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" mitarbeite, sei die Konzeption dort noch nicht umfassend erarbeitet worden. Bei einem ursprünglichen Ansatz von 500 000 DM und nunmehr der Möglichkeit, die Kosten vielleicht auf 200 000 DM zu begrenzen, müsse von einer Qualitätsveränderung ausgegangen werden, was ihn wiederum fragen lasse, ob die Veranstaltung bei einem Qualitätsverlust überhaupt noch Sinn mache. Nach seiner Auffassung sollten sich Mitglieder des Unterausschusses noch einmal treffen, um die Frage zu erörtern, wie das Europaforum in schlanker Form wirksam realisiert werden könne, und dann sollte in der Sitzung des Hauptausschusses am 7. März die endgültige Entscheidung getroffen werden.

Direktor beim Landtag Große-Sender stellt richtig, der in der Kommission angepeilte Kostenrahmen für das Europaforum liege bei 350 000 DM; dabei sei unterstrichen worden, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollten, Kosten zu sparen, um unter dem avisierten Betrag zu bleiben.

Wenn die Veranstaltung vor der Sommerpause stattfinden solle, müßten jetzt Verträge abgeschlossen werden, und dies sei nicht aufgrund von Aussichten möglich, eventuell Sponsoren zu gewinnen. Deshalb bitte er darum, die Mittel zunächst bereitzustellen. Sollten Sponsoren gefunden werden, würden die Kosten weiter minimiert.

Auch würde er den Wunsch äußern, heute zu einer Entscheidung zu kommen; denn mit jedem Tag, der ins Land gehe, werde die Aussicht, das Europaforum zu einer bedeutenden Veranstaltung werden zu lassen, geringer.

Vor dem Hintergrund des Kompromißvorschlags des Abgeordneten Dr. Rohde wäre es besser gewesen, der Direktor beim Landtag hätte auf seinen Diskussionsbeitrag verzichtet, meint Abgeordneter Hardt (CDU).

Hauptausschuß
10. Sitzung

28.02.1991
sr-ma

Seine Fraktion sehe sich auch deshalb nicht in der Lage, selbst einem weiter verminderten Kostenrahmen zuzustimmen, weil die SPD-Fraktion inzwischen beschlossen habe, die Verschuldung des Landes um 400 Millionen DM auszuweiten. Dennoch könnte bei der für den 4. März vorgesehenen Beratung der Landesregierung mit den Fraktionsspitzen über den Haushalt 1991 die Frage des Europaforums noch einmal thematisiert werden.

Abgeordneter Büssow (SPD) betont, in dem interfraktionellen Gespräch sei man haushaltskritisch an die von der Verwaltung erstellte erste Vorlage herangegangen. Bestimmte Kosten aber eigneten sich nicht zu Minderungen; dies seien etwa die Ausgaben für Dolmetscher, für eine Mikrofonanlage usw.

Er entnehme den Diskussionsbeiträgen von CDU und F.D.P., daß die Tür noch nicht endgültig zugeschlagen sei. Er wäre deshalb damit einverstanden, wenn die endgültige Entscheidung erst in der Sitzung am 7. März gefällt würde. In der Zwischenzeit sollte die Verwaltung die Frage der Sponsoren eruieren; denn wenn Sponsoren gefunden würden, könnte dies natürlich die Beschlußfassung erleichtern.

Abgeordneter Hegemann (CDU) kritisiert den Verlauf der bisherigen parlamentarischen Behandlung des Themas Europaforum. In der Sitzung des Hauptausschusses am 31. Januar sei auf Drängen der Landtagsverwaltung ein Beschluß gefaßt worden, den seine Fraktion wegen der finanziellen Vorgaben habe ablehnen müssen. Drei Tage später habe er durch die Presse erfahren, ein Gremium, bestehend aus den Parlamentarischen Geschäftsführern und weiteren Mitgliedern, habe diesen Beschluß verworfen. Heute werde die Entscheidung erneut als dringlich bezeichnet, und daran hege er vor dem Hintergrund des bisherigen Verfahrens Zweifel. Würde er also heute zu einer Entscheidung gezwungen, würde er schon aus Prinzip mit Nein stimmen.

Abgeordnete Hieronymi (CDU) hebt darauf ab, der in der letzten Sitzung gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. gefaßte Beschluß habe Gültigkeit. Von daher verstehe sie die Ausführungen des Landtagdirektors nicht.

Auf eine nochmalige Verschiebung der Entscheidung um eine Woche komme es nun auch nicht an, meint Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD). Wenn der CDU-Fraktion allerdings heute schon klar sei, daß sie auf jeden Fall gegen das Europaforum votieren werde, sollte sie es heute auch zum Ausdruck bringen.

An Abgeordneten Hardt gewandt, führt der Abgeordnete aus, keinesfalls werde die Verschuldung des Landes um 400 Millionen DM ausgeweitet. Es handele sich lediglich um 50 Millionen DM. 300 Millionen DM würden den Kommunen für zwei Jahre kreditiert, 50 Millionen DM durch Minderausgaben erwirtschaftet.

Im übrigen müsse eine Veranstaltung wie das Europaforum, zu der ausländische Gäste eingeladen würden, schon einen gewissen Rahmen bieten; sonst sollte man es von vornherein lassen.

Direktor beim Landtag Große-Sender macht - an Abgeordnete Hieronymi gerichtet - deutlich, die Verwaltung habe aufgrund der Beschlußlage gearbeitet. Mit seinem Diskussionsbeitrag habe er lediglich darum bitten wollen, den bereits gefaßten Beschluß nicht in Frage zu stellen.

Der Vorsitzende schließt diesen Punkt mit der Feststellung ab, er erkenne zumindest insoweit Konsens, als über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung endgültig entschieden werden solle.

Er verweist auf die soeben verteilte Tischvorlage der Landtagsverwaltung, die ein geändertes Stellenkonzept beinhalte. Dabei handele es sich um ein Angebot der Verwaltung, einen Sparbeitrag zu leisten.

Direktor beim Landtag Große-Sender weist darauf hin, in der gestrigen Sitzung des Unterausschusses "Personal" sei vorgetragen worden, daß die Absicht bestehe, in das Haushaltsgesetz wieder eine Besetzungssperre aufzunehmen. Danach könne die Landtagspräsidentin in Fällen des Einzelplans 01 von der Besetzungssperre gegen gleichwertigen Ausgleich an anderer Stelle eine Ausnahme machen. Die

Hauptausschuß

28.02.1991

10. Sitzung

sr-ma

Landtagsverwaltung könne sich damit nicht einverstanden erklären, daß Ausnahmen nur bei Schaffung gleichwertigen Ausgleichs möglich seien. Man bemühe sich zwar, entsprechende Einsparungen zu erbringen, könne aber bei einem so kleinen Haushalt wie dem des Landtags, der überdies über keinen Unterbau verfüge, nicht dafür garantieren.

Nach der Tischvorlage, die der Vorsitzende angesprochen habe, wäre es möglich, die personellen Notwendigkeiten des Parlaments, die in der Vergangenheit artikuliert worden seien, mit einigem Bemühen doch noch umzusetzen.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Wendzinski (SPD) antwortet Direktor beim Landtag Große-Sender, die Tischvorlage beinhalte nur die neu einzurichtenden Stellen. Die von der Landtagsverwaltung vorgelegten Vorlagen 11/204, 11/293 und 11/327 blieben weiterhin Gegenstand der Beratungen.

Der Vorsitzende bittet die Landtagsverwaltung darum, für die Antrags- und Abstimmungssitzung in bezug auf den Einzelplan 01 eine möglichst übersichtliche Beratungsgrundlage zu schaffen.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.) spricht sodann den Antrag der SPD auf Ergänzung der Erläuterung zu Tit. 812 00 in Kap. 01 010 um den Satz "Die technischen Geräte, die zur Amtsausstattung der Landtagsmitglieder gehören, können wahlweise auch in den Wahlkreisbüros aufgestellt und genutzt werden" an und fragt, ob geklärt sei, daß es sich dabei nicht um eine indirekte Parteienfinanzierung handele.

Selbstverständlich dürften die technischen Geräte nach geltendem Recht nicht zur Parteiarbeit verwendet werden, betont der Vorsitzende. Die Frage sei, ob es notwendig sei, dies in den Erläuterungen noch einmal zum Ausdruck zu bringen, oder ob es hinreiche, wenn dies im Protokoll ausdrücklich festgehalten werde; er neige der zweiten Alternative zu.

Auf eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Rohde (F.D.P.) erklärt Abgeordneter Büssow (SPD), die Erläuterung solle sicherstellen, daß die Geräte wahlweise im Landtag, in der Wohnung oder im Wahlkreisbüro, allerdings nicht im Parteibüro aufgestellt werden könnten. Dem Abgeordneten bleibe überlassen, wo er seinen Arbeitsschwerpunkt einrichte. Außerdem solle die Regelung gewährleisten, daß dem Abgeordneten die Möglichkeit eingeräumt werde, über seinen Computer im Wahlkreis mit dem Landtag zu kommunizieren. Die Landtagsverwaltung bereite diese Nutzung vor. Um Mißverständnisse auszuschließen, hielte er es für bedenkenswert, die Worte "in den Wahlkreisbüros" durch die Formulierung "oder am Wohnsitz" zu ergänzen.

Abgeordneter Hegemann (CDU) erkennt eine Schwierigkeit in der Formulierung "Geräte, die zur Amtsausstattung ... gehören"; das könne im Prinzip auch ein Telefon oder ein Schreibtisch sein, während tatsächlich doch wohl der PC gemeint sei. Des weiteren wolle er fragen, wie der Fall zu sehen sei - auch was die entstehenden Leitungskosten angehe -, wenn das Gerät eines Abgeordneten im Wahlkreis und das Gerät eines anderen Abgeordneten im Landtag gemeinsam genutzt würden.

Direktor beim Landtag Große-Sender legt dar, der bisherige Diskussionsstand sei in der Vorlage 11/327 zusammengefaßt. Es bestehe Einigkeit darüber, daß mit Wahlkreisbüro auch die Wohnung gemeint sein könne. Es sei vorgesehen, die Ausführungsbestimmungen zum Abgeordnetengesetz entsprechend der Diskussionslage in diesem Ausschuß zu ändern. Bisher habe Einvernehmen darüber bestanden, daß dem Abgeordneten zwar Hard- und Software und entsprechende Schulungen zur Verfügung gestellt würden, daß aber nicht Gebühren für den Zugriff auf Datenbanken, Leitungskosten, Wartungskosten und ähnliches gezahlt würden.

MD Dr. Hessing (StK) berichtet sodann hinsichtlich der Vorlage 11/366 des Finanzministers, daß dadurch der Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei ausschließlich durch Kürzungen betroffen sei. Einsparungen würden durch

Rücknahme gestaltbarer Ausgaben, ausfallende Bundesmittel, den Wegfall komplementärer Landesmittel und von Kommunalausgaben erbracht.

Dabei gehe es im einzelnen um den Verzicht auf die Durchführung von NRW-Festen; nunmehr stehe nur noch ein Betrag in der Höhe bereit, die notwendig sei, daß den Beteiligten keine Ausfälle erwüchsen.

Außerdem handele es sich um den Fortfall der radioastronomischen Untersuchung auf dem Stockert durch die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften.

Des weiteren werde auf den Zuschuß an die Stiftung "Kunst und Kultur" des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 4 Millionen DM verzichtet. Ebenso entfalle der Zuschuß für das Filmfestival in Höhe von 1 Million DM.

Bei den entwicklungspolitischen Ansätzen sei man zu einer Überrollung gekommen. Im Rahmen der Aufwendungen für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes wolle man auf die Nordrhein-Westfalen-Veranstaltungen in den Partnerländern verzichten und den verbleibenden Ansatz von 500 000 DM auf die Zusammenarbeit mit den Regionen in Europa konzentrieren. Nach der Erhöhung der Mittel für die Rußland-Hilfe sei eine Kürzung des Ansatzes für die Projekte im Ausland um 5 Millionen DM vorgesehen.

Insgesamt gehe es bei den gestaltbaren Mitteln um eine Minderung von rund 15 Millionen DM.

Im Hinblick auf die Personalausgaben sei man durch den Wegfall von 20 beantragten Stellen betroffen. Davon entfielen 19 Stellen auf die Staatskanzlei und eine Stelle auf das Wissenschaftszentrum.

Bei den fünf zusätzlich ausgewiesenen Stellen im Einzelplan 02 handele es sich um solche in den Verbindungsbüros in Brüssel und Berlin, die bislang in privatrechtlicher Form geführt würden und in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform überführt werden sollten. Die Umwandlung sei zumindest kostenneutral, wenn nicht sogar kostensparend.

Die Frage der Abgeordneten Hieronymi (CDU), ob sich die Ansatzkürzung für die Hilfe im Ausland um 5 Millionen DM auf die Mittel für Minsk beziehe, verneint MD Dr. Hessing (StK).

5. Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Auf dem Wege zu europaweiten Systemen und Diensten - Grünbuch über ein gemeinsames Vorgehen im Bereich der Satellitenkommunikation in der Europäischen Gemeinschaft

Der Vorsitzende berichtet, er habe die in der dazu eingesetzten Arbeitsgruppe festgehaltenen Punkte dem Ministerpräsidenten wie folgt mitgeteilt:

1. Die Absicht der EG, im Bereich der Satellitenkommunikation im Rahmen des Binnenmarktes baldmöglichst zu einem Höchstmaß an Kooperation und Normierung zu kommen, wird aus industriepolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen heraus begrüßt. Der Gedanke eines möglichst breiten und freien Zugangs zu Satellitenkapazitäten wird unterstützt.
2. Die auch im Grünbuch zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die Satellitenkommunikation für Osteuropa von besonderer Bedeutung ist, wird geteilt. Eine ausgebaute, vereinheitlichte und vernetzte Satellitentechnik kann einen wesentlichen Beitrag leisten, um die osteuropäischen Länder zu erschließen und an das gesamteuropäische wirtschaftliche und kulturelle Geschehen heranzuführen.
3. Das Grünbuch mißt dem heutigen und auch künftigen Anteil von Funk und Fernsehen an den Satellitendiensten eine besondere Bedeutung zu. Deshalb ist darauf zu achten, daß die medienpolitische und programminhaltliche Zuständigkeit der EG-Mitgliedländer durch grenzüberschreitende Satellitendienste nicht unzulässig oder über die technischen Notwendigkeiten hinaus unterlaufen wird.

4. Mit dem Ausbau der Satellitentechnik steigen die Chancen für ein europaweites HDTV. Diese begrüßenswerte Entwicklung darf jedoch keinesfalls dazu führen, daß die Interessen der Verbraucher und der Geräteindustrie dann einer auf raschen Ausbau orientierten Satellitentechnik untergeordnet werden. Die Einführung der MAC-Norm darf die mittelfristig auch künftig besonders wirtschaftlich einsetzbaren Leistungen vorhandener und sich weiter verbessernder Übertragungstechniken nicht abschneiden.

Im Ausschuß besteht Einvernehmen über die vom Vorsitzenden vorgetragenen Punkte.

6. **Bericht der Kommission "Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland - auch in einem vereinten Europa"**

Teil Eins - Vorlage 10/2722

Teil Zwei - Vorlage 11/182

Zum Verfahren schlägt der Vorsitzende vor, die Landtagsverwaltung sollte beauftragt werden, einen Text zu erarbeiten, der die wesentlichen Inhalte des Berichts wiedergebe und der nach der Osterpause in einer Arbeitsgruppe des Hauptausschusses möglichst zu einem gemeinsamen Antrag des Parlaments ausformuliert werden solle. Auf jeden Fall sollte die Vorlage rechtzeitig vor der Sommerpause beschlußreif sein, um noch vor den Parlamentsferien im Landtag verabschiedet werden zu können.

Abgeordneter Büssow (SPD) sieht gute Chancen, auf diese Weise zu einem konsensfähigen Papier zu kommen. Er könne sich nicht vorstellen, daß es einen Disens zwischen den Parteien gebe, wenn es um die Stärkung des Landes gehe.